Südschleswigscher Wählerverband

SSW

Rede
Kiel, 28.08.2003

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Unterrichtssituation 2002/2003

Wenn wir uns heute mit dem Bericht über die Unterrichtssituation im Schuljahr 2002/2003 beschäf-tigen, geht es in erster Linie um das Thema Unterrichtsausfall, das uns in der Vergangenheit immer wieder beschäftigt hat. Zwar hat der neue GEW-Landesvorsitzende Kai Niemann in gewisser Weise recht, wenn er sagt, dass die Fixierung auf das Thema Unterrichtsausfall übertrieben ist. Denn ei-gentlich sollte es eine Selbstverständlichkeit sein, dass die Unterrichtsstunden, die auf den Stunden-plänen der Schülerinnen und Schüler stehen, auch wirklich unterrichtet werden.

Aber leider hat sich in den letzten Jahren der Eindruck verfestigt, dass es in immer größerem Um-fang zu Unterrichtsausfällen an unseren Schulen kommt. Auch wir als Abgeordnete werden wieder-holt von Eltern und Elternbeiräten darauf angesprochen. In Untersuchungen ist sogar davon gespro-chen worden, dass der Unterrichtsausfall in Schleswig-Holstein Kosten in Höhe von rund 40 Milli-onen verursacht nicht zuletzt, weil die Eltern ihren Beruf dann nicht nachgehen können.

Wie hoch der Unterrichtsausfall in Schleswig-Holstein genau ist, lässt sich nicht eindeutig beziffern, da alle Erhebungen seitens des Ministeriums oder des Landesrechnungshofes von Stichproben aus-gegangen sind. Aber vieles deutet darauf hin, dass zwischen 3 und 5% der gesamten Unterrichtszeit leider als Unterrichtsausfall zu verbuchen sind.

Der SSW begrüßt daher, dass die Landesregierung jetzt endlich mit einem millionenschweren Pro-gramm rechtzeitig zum Unterrichtsanfang des

Schuljahres 2003/2004 den Unterrichtsausfall be-kämpfen will. Auch der SSW hat in der Vergangenheit immer wieder gefordert, dass mehr finan-zielle Ressourcen für die Schulen zur Verfügung stehen müssen. Bereits in diesem Jahr gibt es eine Soforthilfe. Zusätzlich zu den vorhandenen 2,1 Millionen werden weitere 1,9 Millionen be-reitgestellt. Das wird die Unterrichtssituation in diesem Schuljahr wesentlich entspannen. Bis 2005 werden insgesamt sogar 21,9 Millionen zusätzlich für diesen Vertretungsfonds zur Verfügung ge-stellt. Das Prinzip Geld statt Stellen, das bereits im Kreis Plön erfolgreich angewandt wird, ist aus unserer Sicht die richtige Maßnahme, damit die einzelne Schule flexibel auf den ausgefallenen Unterricht reagieren kann.

Mit dem Geld sollen also nicht nur befristet Ersatz-Lehrer eingestellt werden, sondern können auch flexibel Teilzeitverträge abgeschlossen werden. Vor Ort stellt sich die Ministerin den Aufbau von Vertretungsnetzen vor - vorrangig mit ausgebildeten Lehrkräften, aber auch mit pensionierten Pä-dagogen, Studenten oder sogar mit Vätern und Müttern, wenn diese eine entsprechende Ausbildung haben. Das von der Landesregierung vorgeschlagene Programm erscheint uns also als durchdacht und praktikabel. Da die Schulen in Zukunft den Unterrichtsausfall dokumentieren müssen, werden wir demnächst vernünftige Vergleichszahlen bekommen.

Um auf die Aussagen des GEW-Vorsitzenden Kai Niemann zurückzukommen: Es wird endlich Zeit, dass wir uns verstärkt auf die Inhalte des Unterrichts konzentrieren können, und nicht damit, ob der Unterricht überhaupt stattfindet. Die PISA-Herausforderung ist ja gerade: Wie verbessern wir die Qualität des Unterrichts an unseren Schulen? Der Bericht zeigt, dass die Landesregierung eine Vielzahl von Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung des Unterrichtsangebotes in Gang gesetzt hat. Das geht von einer Verbesserung der Lehrpläne und Lehrplanarbeit über eine externe schulische Evaluation im Team hin zu einer Stärkung der schulischen Eigenverantwortung, zu Personalent-wicklung an den Schulen sowie zur Weiterentwicklung der Lehrerausbildung, mit der wie uns in der nächsten Debatte beschäftigen werden.

Es ist noch zu früh alle diese Maßnahmen im Detail zu beurteilen, denn wir wissen, dass so ein Pro-zess Zeit braucht und schwierig wird Aber mir scheint, dass die Landesregierung die Herausforde-rung angenommen hat, und es ist die Aufgabe des Landtages, sie dabei konstruktiv und kritisch zu begleiten.